



Neues Linksbündnis will die Macht in Spanien

Ein Wahlbündnis zwischen *Podemos* und der *Izquierda Unida* soll der Linken den Weg zur Macht in Spanien ebnen. Es braucht dazu die Unterstützung der Sozialistischen Partei PSOE, die von der neuen Linken gleichzeitig bekämpft und umworben wird. Auch Ministerpräsident Rajoy wirbt nun um die Sozialisten und bietet ihnen sogar eine Regierungsbeteiligung an. Doch sollten Sozialisten und die neue Linke eine parlamentarische Mehrheit erhalten, ist ein Machtwechsel in Spanien wahrscheinlich.

Die spanischen Parteien versuchen es noch einmal. Nachdem sie sich seit den letzten Wahlen vom 20. Dezember nicht auf eine neue Form der Koalitionsbildung und politischen Zusammenarbeit verständigten, musste König Felipe VI gemäß der Verfassung am 03. Mai das neu gewählte Parlament wieder auflösen und Neuwahlen ausschreiben. Der Generalsekretär der Sozialistischen Arbeiterpartei (PSOE), *Pedro Sanchez*, hatte in zwei Wahlgängen im Parlament die erforderliche Mehrheit für seine Wahl zum Ministerpräsidenten verfehlt. Der bisherige Amtsinhaber *Mariano Rajoy* von der konservativen Volkspartei (*Partido Popular, PP*) hatte in Ermangelung einer parlamentarischen Mehrheit vom König den Auftrag einer Regierungsbildung gleich gar nicht angenommen. Am 26. Juni werden deshalb erneut Wahlen stattfinden.

Wahlumfragen der vergangenen Wochen deuten an, dass das Ergebnis im Juni kaum anders ausfallen wird als im Dezember. Doch seit Mitte Mai gibt es einen neuen Pakt, der das politische Kräfteverhältnis in Spanien selbst bei annähernd gleichem Wahlausgang entscheidend verändern könnte: das Wahlbündnis zwischen *Podemos* und der *Izquierda Unida*, der „vereinigten Linken“, die von der Kommunistischen Partei angeführt wird.

Tabelle: Aktuelle Wahlumfragen in Spanien

	Aktuelle Umfragewerte*		Wahlergebnis vom 20. Dezember 2015	
	Stimmenanteil %	Mögliche Mandate	Stimmenanteil %	Mandate
PP	29,3	124 – 130	28,7	123
PSOE	22,0	80 – 82	22,0	90
<i>Unidos Podemos</i>	24,2	79 – 84	20,7	69
<i>Ciudadanos</i>	15,1	38 - 40	13,9	40

350 Mandate insgesamt; absolute Mehrheit: 176 Mandate

*Nach: El Mundo, Sondeos de voto para elecciones generales, <http://www.elmundo.es/grafico/espana/2015/10/15/561fe19422601dd7728b45ef.html>, Zugriff am 30.05.2016

„Unidos Podemos“ – „gemeinsam können wir“ oder auch „gemeinsam schaffen wir es“. Das ist der Name der neuen Wahlkoalition der beiden spanischen linken Parteienbündnisse „Podemos“ und „Izquierda Unida“. Gemeinsam haben ihre beiden Führer *Pablo Iglesias* und *Alberto Garzón* Mitte Mai den Abschluss der Wahlkoalition gefeiert, und beide ließen keinen Zweifel daran, dass es ihr Ziel ist, gemeinsam als stärkste linke Gruppierung aus den Wahlen vom 26. Juni hervorzugehen. Die Sozialistische Arbeiterpartei (PSOE), die in den letzten vierzig Jahren das linke Lager dominierte und über längere Perioden den Ministerpräsidenten stellte, soll auf den dritten Platz verwiesen werden. Welche weiteren Perspektiven sich daraus ergeben, wird erst das Wahlergebnis zeigen. Denn selbstverständlich wollen sich *Iglesias* und *Garzón* nicht mit der Oppositionsrolle zufrieden geben. *Pablo Iglesias* lässt keinen Zweifel daran, dass er an die politische Macht strebt. Und dazu sind ihm viele Mittel recht.

Das Wahlbündnis zwischen *Podemos* und *Izquierda Unida* ist keine „natürliche“ Union zweier ähnlicher Partner. Denn auch wenn sich beide als Gruppierungen der „Linken“ verstehen, haben sie bisher sehr stark ihre eigene Identität verteidigt, die auf unterschiedlichen ideologisch-programmatischen Vorstellungen und einer unterschiedlichen Entstehungsgeschichte und Organisationskultur basiert. Noch im Wahlkampf 2015 hatten sie sich voneinander distanziert, auch wenn die Regierung *Rajoy* ihr gemeinsamer Gegner war. Nun aber hat vor allem der Machtanspruch von *Podemos*-Führer *Pablo Iglesias* das neue Bündnis möglich gemacht. Nachdem sie im Dezember trotz 923.133 Stimmen (3,7%) nur 2 Mandate erhielt (was mit der Benachteiligung kleinerer Parteien durch das Wahlgesetz zusammenhängt), hat sich die *Izquierda Unida* nicht lange geziert ihre Eigenständigkeit gegen den Neuling im spanischen Parteiensystem weiter zu verteidigen.

Impressum

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.
Spanien

Konrad-Adenauer-Stiftung
c/ Villanueva 43, 2º Dcha.
28001 Madrid
Spanien

Tel. +34 91 781 12 02
Fax +34 91 575 60 66
info.madrid@kas.de
www.kas.de/spanien
Twitter: @kas_madrid

Beide Gruppierungen sind streng genommen keine einheitlichen Parteien, sondern selbst Bündnisse von Parteien mit ähnlicher ideologischer Ausrichtung. Die *Izquierda Unida* ist ein Zusammenschluss verschiedener linker Gruppierungen, im Wesentlichen unter Führung der Kommunistischen Partei. Gegründet wurde die IU 1986 zur Zeit der Proteste gegen den NATO-Beitritt Spaniens. Der Austritt aus der NATO gehört seither zu ihren festen Programmbestandteilen und Forderungen. Während der jetzigen Verhandlungen mit *Podemos* hat sie diesen Punkt aber zurückgestellt, da sich *Podemos* dazu nicht positionieren wollte. Zwar besitzt die Kommunistische Partei und damit die IU noch Einfluss auf den wichtigsten Gewerkschaftsdachverband *Comisiones Obreras* (CCOO). Durch die Schwächung der traditionell ohnehin gespaltenen Gewerkschaftsbewegung infolge der Arbeitsmarktreformen von 2010 und 2012 konnte sich die IU aber in den letzten Jahren nicht als Wortführer des sozialen Protests gegen die neoliberale Politik positionieren; denn die Gewerkschaften werden von vielen zivilgesellschaftlichen Protestbewegungen als ein Teil des politischen Systems und seiner Institutionen gesehen und kritisiert.

Mit *Podemos* wurde nun u.a. ausgehandelt, dass die Kandidaten aus den Reihen der *Izquierda Unida* auf den gemeinsamen Listen so platziert werden, dass sie etwa ein Sechstel der Parlamentssitze erhalten; unter Zugrundelegung des Wahlergebnisses vom 20. Dezember wären dies acht oder neun. Im Parlament soll die IU dann eine eigene Parlamentsgruppe bilden können.

Podemos entstand aus der sozialen Protestbewegung, die sich ab 2011 gegen die Anpassungspolitik infolge der Banken- und Wirtschaftskrise erhob. Die ersten Proteste richteten sich gegen die damalige sozialistische Regierung von Premierminister *Zapatero* und wurden nach dem Regierungswechsel 2011 fortgesetzt. Im Vorfeld der Wahlen zum Europäischen Parlament von 2014 war *Podemos* als politische Partei gegründet worden und erhielt auf Anhieb 8 % der Stimmen und 5 Mandate. Bei den Wahlen im Dezember 2016 blieb sie nur knapp hinter den Sozialisten der PSOE. Damit kam *Podemos* einem seiner zentralen Ziele sehr nahe, das *Pablo Iglesias* seit Gründung der Partei verfolgt: die PSOE an Stimmen zu überholen und sie in die Rolle eines Juniorpartners zu verweisen, der ihm den Steigbügel hält für seinen Ritt an die Spitze der Macht. Spätestens seit Mitte 2015 sprechen *Iglesias* und andere Vertreter vom Ziel einer „Paskisierung“¹ der Sozialistischen Partei, die das gleiche Schicksal erleiden könnte wie PASOK in Griechenland, die dort von der neuen Linksbewegung *Syriza* zur politischen Bedeutungslosigkeit verdammt wurde.

Auch wegen dieses Führungsanspruchs im linken Lager hat *Pablo Iglesias* im Frühjahr 2016 die Verhandlungen des PSOE-Generalsekretärs *Pedro Sanchez* scheitern lassen, der die Zustimmung oder zumindest die Enthaltung von *Podemos* für seine Wahl zum Ministerpräsidenten brauchte. Innerhalb von *Podemos* war zwar eine Gruppe um den Sprecher im Parlament *Íñigo Errejón* offen für eine eventuelle Wahl von *Sanchez*, doch *Iglesias* hat das verhindert, weil er bei Neuwahlen ein besseres Ergebnis erwartete, um die Sozialisten noch mehr unter Druck zu setzen.

Die Wahlaussichten des Linksbündnisses

Seine Unnachgiebigkeit haben *Iglesias* und *Podemos* jedoch keine zusätzlichen Sympathien beschert. Die Umfragen seit dem Scheitern der Verhandlungen von *Sanchez* zeigen einen leichten Rückgang der Unterstützer von *Podemos*. Das hat den Parteiführer bewogen, auf die *Izquierda Unida* zuzugehen und mit ihr das neue Wahlbündnis auszuhandeln. Unter Zugrundelegung des Wahlergebnisses vom Dezember 2015 kämen beide zusammen auf gut 24 % Stimmenanteil, das bedeutet etwa 2 Prozentpunkte mehr als die Sozialisten der PSOE. Die aktuellen Umfragen bestätigen diesen Vorsprung.

Das bedeutet, die neue Gruppierung „*Unidos Podemos*“ besitzt gute Möglichkeiten die Sozialisten als wichtigste Gruppierung der politischen Linken in Spanien abzulösen. Dass *Pablo Iglesias* daraus einen Anspruch auf die Führung einer Linksregierung ableiten wird, steht außer Frage.

Entscheidend wird freilich sein, wie viele Mandate das neue Linksbündnis und die PSOE zusammen erhalten. Sollten sie eine parlamentarische Mehrheit erreichen oder nur sehr wenige Mandate fehlen, die von einer Regionalpartei ergänzt werden könnten, dann ist eine linke Regierung unter Beteiligung von *Unidos Podemos* sehr gut möglich. Wer den Ministerpräsidenten stellt, ist dann fast zweitrangig. Aufgrund des spanischen Wahlsystems könnten die Sozialisten trotz weniger Stimmen einige Mandate mehr erringen, weswegen sie dann sicherlich den Anspruch auf das Amt des Ministerpräsidenten erheben.

Impressum

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Spanien

Konrad-Adenauer-Stiftung
c/ Villanueva 43, 2º Dcha.
28001 Madrid
Spanien

Tel. +34 91 781 12 02
Fax +34 91 575 60 66
info.madrid@kas.de
www.kas.de/spanien
Twitter: @kas_madrid

¹ Vgl. Das Interview mit Pablo Iglesias, España en la encrucijada, in: New Left Review, 93 Jul-Ago 2015, S. 33 – 53.

Programmatisch hat sich die neue Gruppierung auf einen gemeinsamen Katalog von 50 Maßnahmen verständigt, die Spanien verändern sollen.² Dazu gehört an erster Stelle neben einer Energiewende und der Einführung eines neuen Energiemodells eine Verständigung mit der EU über eine langsamere Reduzierung des Staatsdefizits sowie zahlreicher Versprechen zur Stärkung des Sozialstaates und Verbesserung der öffentlichen Dienstleistungen und nicht zuletzt eine Änderung des Artikels 135 der Verfassung, in dem PP und PSOE 2011 die auf europäischer Ebene vereinbarte Schuldengrenze festgeschrieben hatten. Eine Arbeitsrechtsreform mit einer Erschwerung von Entlassungen, einer Stärkung der Gewerkschaften, einer stärkeren Beteiligung der Arbeiter an der Führung von Unternehmen sowie eine allmähliche Anhebung des Mindesteinkommens auf 900 Euro bis 2019 wird ebenso in Aussicht gestellt wie die Einführung eines neuen nachhaltigen Industrie- und Produktionsmodells mit Investitionen von 2% des Bruttosozialprodukts in Forschung und Entwicklung, ein Ausbau der Infrastruktur, eine Bankenreform und die Einführung eines Mindesteinkommens von 600 Euro pro Familie. Finanziert werden sollen diese Ausgaben durch Umschichtungen im Staatshaushalt sowie eine „ambitionierte Steuerreform“, wie es in dem Programm heißt, die den Anteil der Steuereinnahmen im Verhältnis zum Sozialprodukt in der nächsten Wahlperiode um 3% erhöhen soll. Ein neues Modell der Sozialmieten soll die Zwangsräumungen ersetzen, denen in den vergangenen Jahren viele Spanier ausgesetzt waren, die die Kredite ihrer Wohnungen nicht mehr bedienen konnten, die sie in den Boomjahren gekauft hatten. Die Proteste gegen die Zwangsräumungen war einer der Gründe für die Entstehung von *Podemos*.

Zugleich sollen in vielen Bereichen die Partizipationsmöglichkeiten der Bürger erweitert werden. Dazu will man plebiszitäre Beteiligungsformen einführen, u.a. ein „Bürgerreferendum“ zur Absetzung einer Regierung, wenn diese ihr Wahlprogramm nicht einhält. Die autonomen Regionen sollen die Möglichkeiten erhalten, Bürgerbefragungen über ihr Verhältnis zum Zentralstaat durchzuführen. In Katalonien soll ein Plebiszit durchgeführt werden, bei dem die Bürger über ihr Verhältnis zum spanischen Staat entscheiden können. Zugleich will man ein neues Modell für die territorialen Finanztransfers einführen.

Zahlmeister Europa

Unter der Überschrift „Europäische und internationale Demokratie“ enthält das Programm einige Forderungen und Vorschläge, die u.a. das Verhältnis Spaniens zur Europäischen Union betreffen. Neben einer Generalreform und Demokratisierung der europäischen Institutionen und einer Reform der Europäischen Zentralbank wird eine tiefgehende Reform des Europäischen Stabilitätspakts und des Fiskalpakts verlangt, „wobei das Ziel des strukturellen Haushaltsausgleichs eliminiert und die Defizitziele flexibilisiert werden sollen, damit sie den Notwendigkeiten jedes Landes besser entsprechen“. Und weiter heißt es: „man wird eine authentische europäische Fiskalpolitik in die Wege leiten: ein gemeinsamer Haushalt von bedeutendem Gewicht, ein Mechanismus zum Transfer von Ressour-

² Vgl. zum folgenden das Wahlprogramm „Cambiar España: 50 pasos para gobernar juntos“ auf der Webseite von Podemos: <http://podemos.info/wp-content/uploads/2016/05/acuerdo26J.pdf>; Zugriff am 29. Mai 2016

Impressum

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.
Spanien

Konrad-Adenauer-Stiftung
c/ Villanueva 43, 2º Dcha.
28001 Madrid
Spanien

Tel. +34 91 781 12 02

Fax +34 91 575 60 66

info.madrid@kas.de

www.kas.de/spanien

Twitter: @kas_madrid

cen zwischen den Ländern in Funktion ihrer zyklischen Situation, die Emission von Eurobonds und ein höherer Grad der Harmonisierung einiger Steuern, vor allem der von Gesellschaften“ (gemeint sind anscheinend Aktiengesellschaften, WH).

Mit anderen Worten: das Kapitel über die EU im Wahlprogramm von *Unidos Podemos* zeigt, woher die Mittel für die großzügigen Wahlversprechen herkommen sollen. Sollte der europäische Finanztransfer nicht funktionieren, müsste sich eine linke Regierung eigentlich sehr schnell einem Referendum wegen Nichterfüllung ihrer Wahlversprechen stellen...

Wenn hier das Programm von *Unidos Podemos* etwas ausführlicher zitiert wurde, dann um deutlich zu machen, für welche Politik die Parteien dieses Bündnisses stehen – ein Bündnis, das unter gewissen Bedingungen tatsächlich eine Machtoption besitzt. Das Wahlprogramm enthält zwar viele technische Hinweise und Zahlen, die den Eindruck vermitteln sollen, alles sei genau geplant und durchgerechnet. Doch weder in seinen finanziellen, wirtschafts-, fiskalpolitischen Teilen noch in seinen sozialpolitischen Versprechungen stimmt dieses Programm mit der spanischen Realität des Jahres 2016 überein. Die in Aussicht gestellten Reformen würden für das Land tatsächlich einen einschneidenden Wandel bringen.

Das Politikmodell, das hinter dem Anspruch einer Erweiterung der plebiszitären Demokratie steht, hat Pablo Iglesias erkennen lassen, als er am 25. Mai die Gefängnisstrafe des venezolanischen Oppositionsführers *Leopoldo López* mit den Worten rechtfertigte: „wenn es sich bestätigt, dass jemand terroristische Verbrechen begangen hat, dann ist es richtig, dass er im Gefängnis ist“. Damit hat Iglesias einmal mehr den Autoritarismus des venezolanischen Regimes verteidigt. Die Inhaftierung von Oppositionsführer *Leopoldo López* ist ein Akt politischer Willkür, der von internationalen Menschenrechtsorganisationen verurteilt wird. *Podemos* aber und *Pablo Iglesias* haben vor allem in der Anfangszeit der Bewegung hohe Geldzahlungen aus Venezuela und selbst vom ehemaligen Präsidenten *Chávez* erhalten. Das Politikmodell, für das *Unidos Podemos* steht, entspricht dem „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ von *Hugo Chávez* in Venezuela, der dieses Land damit in Armut und Autoritarismus führte.

Die spanischen Parteien, allen voran die liberale Partei *Ciudadanos*, versuchen mit Hinweis auf diese venezolanischen Verbindungen und autoritären Einstellungen von Iglesias zu punkten. Doch für dessen öffentliche Wahrnehmung spielt das anscheinend keine größere Rolle.

Unterdessen versucht *Unidos Podemos* auf regionaler Ebene die Sozialisten in Wahlkoalitionen einzubinden. In Valencia hatte die lokale PSOE-Führung bereits ein Angebot des neuen Linksbündnisses angenommen, bei der Wahl zum Senat, der zweiten Kammer des spanischen Parlaments, einen gemeinsamen Kandidaten zu unterstützen. PSOE-Generalsekretär *Sanchez* hat diese Koalition jedoch untersagt. Seine Parteifreunde aus Valencia haben das zwar respektiert, doch ist eine Meinungsverschiedenheit offen zutage getreten. In Barcelona sind die Sozialisten Mitte Mai in die Regierung der von *Podemos* gestellten Bürgermeisterin *Colau* eingetreten. *Pedro Sanchez* musste dieses offensichtlich nicht mit ihm abgestimmte Vorgehen nachträglich gutzuheißen. Seit den Kommunalwahlen vom Juni 2015 gibt es in zahlreichen Kommunen Koalitionen zwischen *Podemos* und der PSOE, die nun von *Unidos Podemos* als erfolgreiche Modelle für eine nationale Koalition dargestellt werden. Ob sich die Sozialisten nach dem 26. Juni dieser massiven Umwerbung ent-

Impressum

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Spanien

Konrad-Adenauer-Stiftung
c/ Villanueva 43, 2º Dcha.
28001 Madrid
Spanien

Tel. +34 91 781 12 02

Fax +34 91 575 60 66

info.madrid@kas.de

www.kas.de/spanien

Twitter: @kas_madrid

ziehen wollen und können, hängt ab von ihrem Wahlergebnis, aber auch dem Verhalten von Ministerpräsident Mariano *Rajoy* und seiner Volkspartei.

Verirrungen und der Niedergang der spanischen Sozialdemokratie

Erleben die spanischen Sozialisten der PSOE eine „PASOKisierung“? Droht ihnen bei den Wahlen am 26 Juni ein weiterer Abstieg? Das würde nicht nur für Spanien einschneidende Folgen haben, sondern auch bei den übrigen sozialdemokratischen Parteien in Europa große Sorgen hervorrufen.

Die Sozialistische Arbeiterpartei Spaniens, die *Partido Socialista Obrero Español* (PSOE) hat seit der Redemokratisierung 1978 am längsten die nationale Regierung geführt und damit das Gesicht des heutigen Spaniens entscheidend geprägt. Gegründet 1879 als eine sozialistische und marxistische Arbeiterpartei hat sie auf einem Kongress von 1978 dem Marxismus als Ideologie abgeschworen und ein sozialdemokratisches Profil angenommen. Nachdem die Partei während der Regierungsjahre ihres letzten Ministerpräsidenten *José Zapatero* (2004-2011) auf den Ausbruch der Banken- und Wirtschaftskrise recht hilflos reagierte, die viele Spanier in den wirtschaftlichen Ruin trieb und die Arbeitslosigkeit anschwellen ließ, und die PSOE zusätzlich durch das Bekanntwerden zahlreicher Fälle von Korruption und Günstlingswirtschaft erschüttert wurde, verloren viele ihrer Anhänger das Vertrauen in die PSOE. Bei den Wahlen von 2011 erzielte die Partei ihr bis dahin schlechtestes Ergebnis. Die Einschränkung sozialer Leistungen und die Liberalisierung der Arbeitsgesetze, die die Regierung der Volkspartei unter *Mariano Rajoy* ab 2011 als Antwort auf die Krise verordnete, führte zwar zu anhaltenden Protesten und Mobilisierungen zahlreicher gesellschaftlicher Gruppen und Parteien. Doch die PSOE konnte sich nicht als die maßgebliche Oppositionskraft positionieren, sondern musste diese Funktion außerparlamentarischen Bewegungen überlassen, was schließlich zur Gründung der neuen Partei „*Podemos*“ führte.

Impressum

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.
Spanien

Konrad-Adenauer-Stiftung
c/ Villanueva 43, 2º Dcha.
28001 Madrid
Spanien

Tel. +34 91 781 12 02

Fax +34 91 575 60 66

info.madrid@kas.de

www.kas.de/spanien

Twitter: @kas_madrid

Nach dem schlechten Abschneiden der PSOE bei den Europawahlen im Mai 2014 trat ihr erst 2012 gewählter Generalsekretär *Afredo Pérez Rubalcaba* zurück. Die anschließende Direktwahl zum Generalsekretär im Juli 2012 gewann der damals 42-jährige *Pedro Sanchez*. Er war bis dahin nicht sonderlich bekannt und hatte nur kurze Erfahrung als Mitglied im Stadtrat von Madrid und zweimaliger Nachrücker in der nationalen Abgeordnetenversammlung.

Bei seiner Wahl wurden die tiefen Gegensätze innerhalb der Partei deutlich. Während *Sanchez* gemäßigte sozialdemokratische Positionen vertrat, verlangte sein wichtigster Herausforderer vom Parteiflügel der „Sozialistischen Linken“, ein stärkeres sozialistisches Profil der Partei. Diese ideologische Spannung besteht weiterhin innerhalb der Partei, weshalb einige regionale Gliederungen wie in Katalonien oder Valencia einer Zusammenarbeit mit *Podemos* sehr offen gegenüberstehen. *Sanchez* kann das nur mit Mühe kontrollieren, zumal seine innerparteiliche Position infolge des weiteren Niedergangs bei den Wahlen im Dezember 2016 eher geschwächt wurde. Die PSOE kam nur noch auf einen Anteil von 22% der Stimmen und 90 Mandate.

In den Verhandlungen mit *Podemos* im Frühjahr 2016 hatten ihm die regionalen „Barone“, d.h. die Vorsitzenden der wichtigsten Regionalverbände der Partei, enge Grenzen gezogen. Gewiss scheiterten diese Verhand-

lungen vor allem an der Unnachgiebigkeit des Führers von *Podemos*. Doch die „Barone“ hatten etliche rote Linien markiert, die *Sanchez* nicht überschreiten durfte. Das betrifft insbesondere die Einwilligung in ein Plebiszit über die Unabhängigkeit Kataloniens.

Nun kämpfen *Sanchez* und seine PSOE um das Überleben als maßgebliche politische Kraft in Spanien. Die aktuellen Umfragen zeigen, dass die Verhandlungen von *Sanchez* über eine Regierungsbildung seiner Partei keinen Nutzen in Form höherer Zustimmungswerte brachten. Jetzt versucht der PSOE-Generalsekretär durch verschiedene programmatische Versprechen Wähler für seine Partei zurückzugewinnen. Neben einer Rücknahme und Aufweichung der Strukturreformen will er beispielsweise auch eine Verfassungsänderung zur Reform der Staatsstruktur und die Übertragung weiter gehender Autonomierechte an die Regionen. Das Bemühen von *Sanchez* um Aufmerksamkeit für sein Programm wird jedoch immer wieder von innerparteilichem Dissenz zunichte gemacht, bei dem es um die Zusammenarbeit mit *Unidos Podemos* geht. Die PSOE stagniert daher in den Umfragen mit einem Wert von etwa 22 %. Damit würde sie schlechter abschneiden als ihr linker Konkurrent. Viele Kommentatoren erwarten infolgedessen nicht nur eine Ablösung von *Sanchez* unmittelbar nach der Wahl, sondern auch den Beginn eines weiteren Niedergangs der Sozialisten.

Unterdessen betont *Sanchez* während seiner öffentlichen Auftritte ständig, dass die PSOE weder Mariano Rajoy noch einen anderen PP-Kandidaten zum Ministerpräsidenten wählen werde, auch nicht durch eine Enthaltung im Parlament. Damit vertritt er die alte Einstellung vieler PSOE-Mitglieder und Anhänger, die einen Dialog mit der Volkspartei ablehnen. Andere wichtige PSOE-Repräsentanten stehen einem Dialog und einer eventuellen Koalition mit der Volkspartei viel offener gegenüber, darunter auch der frühere Ministerpräsident *Felipe Gonzalez*. Doch es ist fraglich, ob sie sich nach der Wahl durchsetzen können. Daher besteht – und darin sind sich viele Beobachter einig – eine große Wahrscheinlichkeit, dass die PSOE zusammen mit *Unidos Podemos* eine Regierungsbildung versucht, sollten beide Gruppierungen eine Mehrheit der Mandate erreichen. Die Volkspartei von Ministerpräsident Rajoy hätte in einem solchen Fall nur geringen Handlungsspielraum.

Impressum

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Spanien

Konrad-Adenauer-Stiftung
c/ Villanueva 43, 2º Dcha.
28001 Madrid
Spanien

Tel. +34 91 781 12 02
Fax +34 91 575 60 66
info.madrid@kas.de
www.kas.de/spanien
Twitter: @kas_madrid

Große Koalition oder Opposition – das Dilemma der Volkspartei

Die Volkspartei PP hat, wie die Wahlen im Dezember und die jetzigen Umfragen zeigen, eine stabile Wählerschaft von knapp 30%. Damit ist eine Alleinregierung nicht möglich. Noch 2011 und in den Jahren davor erreichte sie Werte von über 40% und (mit Hilfe kleinerer Regionalparteien) eine Alleinregierung. Die teils unpopulären Reformentscheidungen vor allem aber die zahlreichen Korruptionsfälle, die in den vergangenen Jahren bekannt wurden, und die zögerlichen Reaktionen der Parteiführung darauf haben die PP viel Ansehen und Unterstützung gekostet.

Ministerpräsident *Rajoy* hatte nach den Wahlen im Dezember zwar die Zustimmung der Sozialisten zu seiner Wiederwahl gefordert. Doch einerseits hatte er den Sozialisten zumindest in der Öffentlichkeit keine wirklichen Verhandlungen über ihre Unterstützung oder gar eine gemeinsame Regierungsbildung angeboten. Andererseits hatte der PSOE-Vorstand unmittelbar nach den Wahlen Gespräche mit der PP und *Rajoy* abgelehnt. Daran hält PSOE-Generalsekretär *Sanchez* weiter fest und schießt Verhandlungen mit der PP über eine Regierungsbildung aus.

Ministerpräsident *Rajoy* dagegen zeigt sich mittlerweile sehr konziliant. Verlangten er und andere Repräsentanten der PP bisher vor allem ein öffentliches Zugeständnis der Sozialisten, dass die Liste mit dem höchsten Stimmenanteil den Ministerpräsidenten stellen solle, so hat der PP-Vorsitzende nun explizit eine große Koalition zwischen der PP, PSOE und *Ciudadanos* vorgeschlagen. Er sehe darin eine „wunderbare Möglichkeit“ für „große Reformen“ mit einer großen Mehrheit, wie er am letzten Mai-Samstag vor Unternehmern in Barcelona bekannte. Im Augenblick sei eine große Koalition „das Beste für Spanien“. Er betonte sogar, es sei sein persönliches politisches Ziel mit der Tradition zu brechen, wonach es in dem Land nur Regierungen von nur einer Partei gibt, und er verwies u.a. auf Deutschland mit seinen gute Erfahrungen mit großen Koalitionen.

Mit diesem Bekenntnis hat *Mariano Rajoy* allen Behauptungen widersprochen, wonach die PP keine Gesprächsbereitschaft gegenüber ihren politischen Konkurrenten PSOE und *Ciudadanos* zeige und eine alleinige (Minderheits-)regierung stellen wolle. Für die nun beginnende heiße Wahlkampfphase kann das ein wichtiger Impuls sein, der eventuell die Zustimmung zur PP ansteigen lässt. Denn viele Spanier wollen eine funktionsfähige Regierung, die stabil ist und moderate Reformen durchführt. Eine Koalition zwischen PP und PSOE könnte das garantieren. Sollte sich die PSOE diesem Angebot *Rajoy*s weiterhin verschließen, könnte sie das weitere Stimmen kosten und die PP eventuell gemäßigte Wähler gewinnen.

Die Bereitschaft für eine große Koalition unter Regierungsbeteiligung der PSOE könnte die Wahlchancen der erhöhen. Allerdings wird *Mariano Rajoy* auch wissen, dass dann nicht alle seine Reformvorschläge ohne Änderungen umgesetzt werden können. Das gilt beispielsweise für die angekündigte Senkung der Einkommenssteuern. Dieses Vorhaben dürfte bei manchen Eurokraten Stirnrunzeln hervorrufen; denn erst vor kurzem wurde Spanien von der EU-Kommission wegen der Nichterfüllung seiner Defizitziele ermahnt, auch wenn die spanische Regierung einen Aufschub bei der Reduzierung des Haushaltsdefizits erhielt. Die versprochene Steuererleichterung würde es schwerer machen, das Defizitziel zu erreichen. *Rajoy* wird das wissen. Aber er braucht ja auch Verhandlungsmasse für eventuelle Koalitionsgespräche mit den Sozialisten...

Impressum

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Spanien

Konrad-Adenauer-Stiftung
c/ Villanueva 43, 2º Dcha.
28001 Madrid
Spanien

Tel. +34 91 781 12 02

Fax +34 91 575 60 66

info.madrid@kas.de

www.kas.de/spanien

Twitter: @kas_madrid

Machtwechsel in Spanien?

Werden die linken Parteien in Spanien nach den Wahlen im Juni einen Regierungswechsel herbeiführen? Auszuschließen ist das nicht. Die gegenwärtigen Umfragen lassen nicht erkennen, ob das Linksbündnis *Unidos Podemos* und die Sozialistische Arbeiterpartei PSOE zusammen eine parlamentarische Mehrheit der Mandate erhält. Sollten sie diese Mehrheit erreichen, ist es wahrscheinlich, dass sie den Ministerpräsidenten wählen und die Regierung übernehmen.

Viel wird davon abhängen, wie die Sozialisten bei den Wahlen abschneiden. Sie werden von *Unidos Podemos* heiß umworben und gewiss wird *Pablo Iglesias* diesmal zu größeren Zugeständnissen bereit sein für seine Beteiligung an einer Regierung als noch vor wenigen Wochen. Wichtige Vertreter der PSOE wollen sich darauf zurzeit jedoch (noch) nicht einlassen. Das Angebot von *Mariano Rajoy* einer großen Koalition aus PP, PSOE und *Ciudadanos* kommt daher zum richtigen Zeitpunkt. Eine Ablehnung durch die Sozialisten würde diese Partei noch weiter schwächen – und dem PP und *Mariano Rajoy* vielleicht doch noch den Machterhalt sichern.